



© janews094 – stock.adobe.com

Klares Bekenntnis zum dualen System

Was die CDU in der Gesundheitspolitik vorhat

Grundsatzprogramme von Parteien gelten als ähnlich aufregend wie die Bedienungsanleitung von Küchengeräten. Allzu oft werden sie durch die Tagespolitik und Koalitionszwänge zu Makulatur. Dennoch lohnt sich der Blick in die meist mit hohem zeitlichen Aufwand erstellten Texte. Die CDU hat den Entwurf ihres neuen Grundsatzprogrammes Anfang des Jahres vorgestellt. Derzeit wird er in Basiskonferenzen diskutiert. Anfang Mai soll das neue Grundsatzprogramm auf dem CDU-Parteitag verabschiedet werden.

Aus zahnärztlicher Sicht ist natürlich vor allem das Kapitel zur Gesundheitspolitik interessant, das rund eine DIN-A4-Seite umfasst. Allgemeinplätze wie die „Teilhabe am medizinischen Fortschritt“, „die

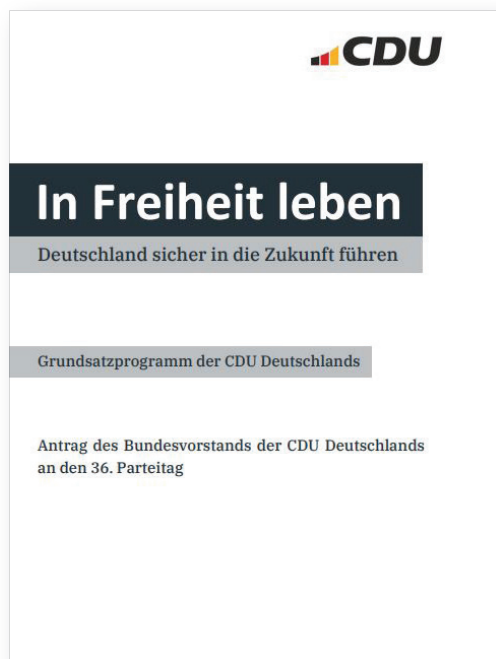
Stärkung des Wettbewerbes zwischen den Krankenkassen“ und die „Schärfung des Kostenbewusstseins“ sind in Parteiprogrammen wohl unvermeidbar. Aber die CDU wird auch konkret und grenzt sich deutlich von SPD, Grünen und Linken ab. Sie bekennt sich ausdrücklich zum dualen System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung und zur Selbstverwaltung als „tragendem Prinzip der GKV“. Vage bleiben dagegen die Finanzierungsvorschläge: „Um die Gesundheitsausgaben zu dämpfen, wollen wir den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen stärken. An der solidarischen Beitragsfinanzierung halten wir fest. Steuerzuschüsse müssen gedeckelt sein. Wir setzen auf mehr Eigenvorsorge und wollen das Kostenbewusstsein der Versicherten schärfen.“

„Mehr Eigenvorsorge“, das ist in der Politik ein Euphemismus für eine höhere Beteiligung der Patienten an ihren Gesundheitskosten. Die Zahnmedizin ist ein gutes Beispiel, wie dies in der Praxis umgesetzt werden kann. Immerhin haben mittlerweile fast 20 Millionen Deutsche eine private Zahnzusatzversicherung. Die vor knapp 20 Jahren eingeführten befundorientierten ZE-Festzuschüsse haben sich bewährt, während sich die neue PAR-Be-

handlungsstrecke als ungedeckter Scheck entpuppt hat. Besondere Brisanz erfährt das neue Grundsatzprogramm dadurch, dass der aktuelle Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) an der Bürgerversicherung festhält. Sollte das Wahlergebnis bei der nächsten Bundestagswahl SPD und CDU erneut zur Zusammenarbeit zwingen, müssten sie einen Kompromiss in Sachen GKV und PKV finden. Aber das hat auch schon bei der letzten „GroKo“ funktioniert: Man gründete eine Arbeitsgruppe, die die Auswirkungen der Bürgerversicherung bewerten sollte. Bevor ein abschließendes Ergebnis vorlag, war die Legislaturperiode vorbei.

Eines wird durch das gesundheitspolitische Kapitel im CDU-Grundsatzprogramm jedoch deutlich: Die Behauptung, es spiele keine Rolle, wen man wählt, ist unzutreffend. Auf die wirtschaftlichen Perspektiven der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte wirken sich politische Entscheidungen unmittelbar aus. Sollte es auf Bundesebene zu einer Koalition ohne Beteiligung von CDU/CSU oder FDP kommen, wäre die Abschaffung der PKV und die Einführung der Bürgerversicherung vermutlich nicht mehr aufzuhalten.

Leo Hofmeier



74 Seiten umfasst der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU. Eine Seite davon befasst sich mit der Zukunft von Gesundheit und Pflege.



PLU°LINE

MEINE MARKE



KENNEN SIE SCHON UNSERE QUALITÄTSMARKE PLU°LINE FÜR IHREN TÄGLICHEN EINSATZ IN PRAXIS UND LABOR? EIN UMFANGREICHES PRODUKTPORTFOLIO MIT HOHEM QUALITÄTSANSPRUCH ZU EINEM HERAUSRAGENDEN PREIS-LEISTUNGS-VERHÄLTNIS JETZT AUF WWW.DENTALBAUER.DE/SHOP

